



**GRUNDSATZPROGRAMM  
DES JSW**

*13.06.2026 – Magdeburg  
Zweiter Bundeskongress des JSW*

## Präambel

Das jetzige Bündnis Sahra Wagenknecht und baldige Bündnis Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft wurde gegründet, um den Menschen in Deutschland wieder eine politische Heimat zu geben – rational, lösungsorientiert und pragmatisch.

Die Politik in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend von den Lebensrealitäten der Bürger entfernt. Steigende Lebenshaltungskosten, soziale Ungerechtigkeiten, eine wachsende Bürokratielast für Selbstständige und kleine Betriebe, steuerliche Willkür sowie ideologisch geführte Debatten in der Migrations- und Klimapolitik prägen den politischen Alltag. Gleichzeitig wächst die internationale Kriegsgefahr, während Deutschland aufrüstet, statt auf Diplomatie zu setzen. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr gehört, während politische Entscheidungen fernab ihrer Interessen getroffen werden. Statt Lösungen für die echten Probleme im Land zu finden, werden Scheindebatten über Nischenthemen geführt und der Rahmen des Sagbaren massiv verkleinert.

Das BSW bietet hierzu eine inhaltliche Alternative: Soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik, wirtschaftliche Vernunft und Meinungsfreiheit bilden die tragenden Säulen unserer politischen Arbeit.

Als JSW ist es unsere Aufgabe, diese Grundsätze aus der Perspektive der jungen Generation aufzugreifen und die inhaltliche Entwicklung der Partei aktiv mitzugestalten. Mit diesem Grundsatzprogramm geben wir unserem politischen Handeln eine gemeinsame Orientierung und formulieren klare Positionen, die zugleich Grundlage für konkrete Forderungen an die Bundespartei sind.

Dabei gilt uneingeschränkt:

Friedlich. Sozial. Unbequem.

Wir verstehen uns als unterstützendes, konstruktives und loyales Sprachrohr der Jugend innerhalb der Partei, um als kritisches Korrektiv den Kurs der Partei für unsere Generation zu prägen. Wir kämpfen gemeinsam und halten zusammen: für Frieden, Vernunft und Gerechtigkeit!

# 1. Frieden, Außenpolitik und internationale Verantwortung

## *Für eine Außenpolitik der Vernunft statt der Eskalation*

Unsere Generation wächst in einer Zeit auf, in der internationale Konflikte, geopolitische Machtkämpfe und eine zunehmende Militarisierung wieder zum politischen Normalzustand geworden sind. Statt einer Welt der Kooperation erleben wir eine Politik der Eskalation, der Blockbildung und der Aufrüstung. Das JSW stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen. Frieden ist für uns kein abstraktes Ideal, sondern die grundlegende Voraussetzung für Freiheit, soziale Sicherheit, demokratische Teilhabe und eine lebenswerte Zukunft.

Außenpolitik darf nicht von moralischer Überheblichkeit oder wirtschaftlichen Interessen einzelner marktmächtiger Industrielobbys bestimmt werden, sondern muss sich an den realen Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientieren: an Sicherheit, Stabilität und internationaler Zusammenarbeit. Das JSW setzt deshalb konsequent auf Diplomatie und Dialog statt auf militärische Eskalation. Konflikte müssen durch Verhandlungen gelöst werden, nicht durch Waffenlieferungen, Drohkulissen oder wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen.

Wir fordern eine aktive, eigenständige Außenpolitik Deutschlands, die den Dialog mit allen Staaten aufrechterhält, unabhängig von deren politischem System oder geopolitischer Einordnung. Gespräche auf Augenhöhe, sowohl bilateral als auch multilateral, sind die Grundlage jeder nachhaltigen Friedensordnung. Sanktionen als politisches Druckmittel lehnen wir grundsätzlich ab, da sie in der Praxis vor allem die Zivilbevölkerung treffen, wirtschaftliche Not verschärfen und Konflikte verhärten, anstatt sie zu lösen.

Deutschland muss sich als Brückenbauer in der internationalen Politik verstehen, nicht als Akteur der Blockbildung. Die zunehmende Polarisierung der Welt in geopolitische Lager erhöht das Risiko militärischer Auseinandersetzungen und untergräbt globale Stabilität. Dem setzen wir eine Politik der Vermittlung, der Deeskalation und des Interessenausgleichs entgegen. Die US-amerikanische Hegemonie befindet sich im Niedergang, und Deutschland muss sich als Förderer des Multilateralismus positionieren. In Anbetracht der Vermittlerrolle, die Deutschland einnehmen sollte, muss das Land die diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den BRICS-Staaten stärken und eine Mitgliedschaft in diesem Bündnis anstreben.

Zentraler Bestandteil einer glaubwürdigen Friedenspolitik ist die Abkehr von der aktuellen Aufrüstungsspirale. Das JSW fordert einen Stopp der deutschen Aufrüstungspolitik. Die massive Erhöhung der Militärausgaben und die Rückkehr zur „Kriegstüchtigkeit“ gehen zulasten von Bildung, Gesundheit, sozialer Sicherheit und internationaler Entwicklungszusammenarbeit. Diese Prioritätensetzung lehnen wir entschieden ab.

Deutschland muss aus der NATO austreten und sich stattdessen für ein alternatives Sicherheitskonzept unter Einbeziehung aller Staaten einsetzen, welches auf kollektiver Sicherheit, Abrüstung und gegenseitigem Vertrauen basiert. Militärische Abschreckung schafft keine dauerhafte Sicherheit, sondern erhöht langfristig die Kriegsgefahr. Stattdessen muss Deutschland internationale Initiativen zur Rüstungskontrolle und insbesondere zur atomaren Abrüstung vorantreiben. Der Einsatz für eine Welt ohne Atomwaffen ist für uns eine zentrale Verpflichtung gegenüber kommenden Generationen.

Die Europäische Union darf nicht weiter militarisiert werden. Wir lehnen eine Aufrüstung der EU, gemeinsame europäische Rüstungsprogramme und den Ausbau militärischer Interventionsfähigkeiten entschieden ab. Das Einstimmigkeitsprinzip der EU bei außen- und sicherheitspolitischen Fragen ist zu erhalten. Autoritäre EU-Maßnahmen wie der Digital Services Act oder die unmenschlichen EU-Individualsanktionen sind ebenso abzulehnen wie unfaire Freihandelsverträge der Europäischen Union zu Lasten unserer Landwirte oder die geplante EU-Osterweiterung. Statt einer immer stärkeren Abtretung unserer kommunalen, regionalen und nationalen Entscheidungskompetenzen an die Europäischen Union fordern wir eine Rückkehr zum Subsidiaritätsprinzip und die Wahrung nationaler Souveränität.

Deutschland muss seine außenpolitische Souveränität zurückgewinnen und sich von der Rolle als Juniorpartner der Vereinigten Staaten lösen. Eine eigenständige Friedenspolitik erfordert Unabhängigkeit in sicherheits- und außenpolitischen Entscheidungen. Das JSW bekennt sich zu einer Politik der Neutralität und staatlichen Souveränität als Grundlage glaubwürdiger Vermittlung und internationaler Stabilität. Wir fordern den vollständigen Abzug aller US-amerikanischen Truppen aus Deutschland. In diesem Zusammenhang unterstützen wir neben dem NATO-Austritt einen Beitritt der Bundesrepublik in die „Bewegung der Blockfreien Staaten“.

Die Einhaltung des Völkerrechts ist unverzichtbar für eine gerechte internationale Ordnung. Alle Staaten sind gleichermaßen an das Völkerrecht gebunden. Doppelmoral, wie etwa bei der Bewertung militärischer Konflikte oder völkerrechtswidriger Handlungen, untergräbt Glaubwürdigkeit, fördert Misstrauen und schwächt internationale Institutionen. Wir verurteilen alle Völkerrechtsbrüche, Kriegsverbrechen und Genozide und unabhängig davon, von welchem Staat oder Akteur sie begangen werden. Die russlandfeindliche Entscheidung des Bundestages, den sogenannten „Holodomor“ als Genozid einzustufen, lehnen wir ab.

Menschenrechte und Demokratie dürfen nicht als Vorwand für militärische Interventionen missbraucht werden. Humanitäre Rhetorik zur Rechtfertigung von Kriegseinsätzen lehnen wir entschieden ab. Frieden lässt sich nicht herbeibomben.

Viele internationale Konflikte haben ihre Ursachen in globaler sozialer Ungleichheit, wirtschaftlicher Abhängigkeit, unfairen Handelsstrukturen und den Folgen des Klimawandels. Eine nachhaltige Friedenspolitik muss deshalb auch globale Gerechtigkeit in den Blick nehmen. Das JSW setzt sich für faire Handelsbeziehungen, echte Entwicklungszusammenarbeit und eine gemeinsame Politik beim Schutz vor Klima- und Naturkatastrophen ein. Ebenso setzen wir uns für die Rechte indigener Völker ein und fordern ein Recht auf autonome Selbstverwaltung auf der Basis der Entschließung der UN-Menschenrechtskommission vom 17. April 1998. Entwicklungszusammenarbeit darf nicht an wirtschaftliche Interessen geknüpft sein, sondern muss den Aufbau lokaler Infrastruktur, eigenständiger Wirtschaftskreisläufe und politischer Stabilität fördern, um Konflikten und daraus entstehender globaler und auch deutscher Probleme vorzubeugen.

Deutschland soll sich als neutraler Ort für internationale Friedensgespräche etablieren. Dazu gehört es, proaktiv Verhandlungen in internationalen Konflikten zu initiieren sowie die diplomatische Infrastruktur auszubauen. Die gezielte Ausbildung von Fachkräften für Krisenmediation und zivile Konfliktbearbeitung ist dafür unerlässlich. Der 8. Mai, der Tag der Befreiung vom Faschismus, soll ein bundesweiter Feiertag werden, der die Verantwortung für die Bewahrung von Frieden in den Mittelpunkt stellt.

Exporte von militärischen Rüstungsgütern befeuern Konflikte weltweit. Das JSW fordert daher ein konsequentes Exportverbot aller militärischen Rüstungsgüter. Stattdessen müssen zivile Projekte, humanitäre Hilfe, Bildungsprogramme und Wiederaufbauinitiativen gestärkt werden.

Die Bundeswehr sollte eine reine Verteidigungsarmee sein. Investitionen in die Bundeswehr erfolgen rein zum Erhalt und Zwecke der Verteidigungsfähigkeit und der Amtshilfe (bspw. Katastrophenschutz und -hilfe). Wir stellen uns klar gegen Auslandseinsätze, gegen die Teilnahme an NATO-Manövern, gegen Bestrebungen zur Kriegsvorbereitung und gegen eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft. Eine internationale und europäische Zusammenarbeit, die Außenpolitik und Militär betreffen, müssen der diplomatischen Zusammenarbeit und (militärischen) Deeskalation dienen. Die Wiedereinführung der Wehr- und Musterungspflicht, auch unter dem Vorwand vermeintlicher Freiwilligkeit, lehnen wir entschieden ab. Ebenso wenden wir uns gegen die Militarisierung von Schulen, Hochschulen und zivilen Einrichtungen. Wir fordern ein generelles Werbeverbot der Bundeswehr. Der Dienst an der Waffe bei der Bundeswehr soll erst ab einem Mindestalter von 21 Jahren möglich sein.

Unsere Vision ist eine Außenpolitik, welche Frieden nicht nur als Abwesenheit von Krieg versteht, sondern als ein System internationaler Kooperation, sozialer Gerechtigkeit und gegenseitiger Achtung. Das JSW lehnt Kriegsrhetorik, Aufrüstung und Konfrontationspolitik ab. Wir fordern Diplomatie als Leitprinzip, Abrüstung als Ziel und Gerechtigkeit als Grundlage einer friedlichen Weltordnung.

## **2. Wirtschaft, Arbeit und soziale Sicherheit**

### *Für eine Wirtschaft, die dem Menschen dient – nicht umgekehrt*

Eine leistungsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, soziale Sicherheit und politische Souveränität. Doch die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland verläuft seit Jahren immer mehr zulasten der breiten Bevölkerung. Während Vermögen und leistungsloses Kapitaleinkommen wachsen, geraten Arbeitnehmer, Rentner, Familien und junge Menschen zunehmend unter Druck. Ihre Arbeit lohnt sich immer weniger, während andere von Kapitalerträgen profitieren, die weit über eine auskömmliche Altersvorsorge hinausgehen. Diese Entwicklung ist kein Naturgesetz, sondern Ergebnis politischer Fehlentscheidungen und muss korrigiert werden.

Das JSW steht fest an der Seite der arbeitenden Bevölkerung. Die tägliche Höchst Arbeitszeit von acht Stunden am Tag muss bestehen bleiben. Wir unterstützen die Idee von sozialem Aufstieg durch Leistung: Wer arbeitet, trägt unseren gesellschaftlichen Wohlstand. Deshalb müssen Arbeit und Erwerbseinkommen steuerlich entlastet, soziale Sicherheit gestärkt und Zukunftsperspektiven geschaffen werden. Gleichzeitig braucht es eine gerechte Beteiligung von Vermögen und Kapitaleinkommen an der Finanzierung des Gemeinwesens. Eigentum verpflichtet! Dieses Prinzip darf nicht länger ausgehöhlt werden.

Das bestehende Wirtschaftsmodell Deutschlands basiert noch immer auf Strukturen und Technologien des 20. Jahrhunderts und wird den Herausforderungen der Gegenwart nicht gerecht. Um den Wirtschaftsstandort langfristig zu sichern, braucht es massive staatliche Investitionsprogramme. Wie andere große Volkswirtschaften muss auch Deutschland gezielt in Infrastruktur, Forschung und Entwicklung sowie in Zukunftstechnologien investieren und gleichzeitig die Binnennachfrage stärken.

Der Staat ist dabei kein Hemmnis, sondern zentraler Gestalter wirtschaftlicher Entwicklung. Er setzt den Rahmen für Außenhandel, Steuern, Regulierung und Investitionen. Durch strategische Industriepolitik kann und muss der Staat die Entscheidungen privater Unternehmen lenken, um Arbeitsplätze, Wertschöpfung und technologische Souveränität im Land zu sichern. Niedrige Energiepreise, eine effiziente digitale Verwaltung und eine leistungsfähige Infrastruktur sind dabei zwingende Voraussetzungen.

Wir wenden uns entschieden gegen eine übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht. Monopole und Kartelle schaden Innovation, Wettbewerb und Demokratie. Der Staat muss hier konsequent eingreifen und wirtschaftliche Macht nachhaltig begrenzen. Eine Volkswirtschaft für alle erfordert klare Regeln, die verhindern, dass wenige Akteure den Markt dominieren und gesellschaftliche Entwicklungen bestimmen. Das JSW setzt sich für eine Reform der Unternehmensmitbestimmung ein. In den Aufsichtsräten soll die Arbeitnehmerseite künftig über eine Mehrheit der Stimmen verfügen.

Automatisierung und technischer Fortschritt bieten große Chancen, insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Arbeit, die künftig nicht mehr ausreichend durch Menschen geleistet werden kann, soll sinnvoll auf Maschinen verlagert werden. Gleichzeitig wird es weiterhin qualifizierte Arbeitskräfte brauchen, die diese Maschinen entwickeln, bedienen und warten. Ziel ist es, Arbeitsplätze langfristig zu sichern und neue, hochwertige Beschäftigung zu schaffen, statt sozialen Abstieg zu riskieren.

Die Abgabenlast auf Arbeit muss reduziert werden. Arbeitnehmer sollen mehr Netto vom Brutto erhalten und Arbeit steuerlich spürbar entlastet werden. Der steuerliche Grundfreibetrag ist zu erhöhen, um insbesondere kleine und mittlere Einkommen zu entlasten. Die Umsatzsteuer ist zu reformieren. Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs sollen weitgehend von der Umsatzsteuer befreit werden. Im Gegenzug müssen Vermögen und Kapitaleinkommen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden. Leistungsloses Einkommen darf nicht länger bessergestellt sein als Arbeit.

Zentrale Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, darunter Wohnen, Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung, Energie und Mobilität, dürfen nicht nach der Logik des Profitzwangs organisiert werden. Diese Bereiche sind für das gesellschaftliche Leben unverzichtbar und müssen in staatlicher oder genossenschaftlicher Trägerschaft organisiert werden. Privatisierung und Gewinnmaximierung haben hier zu Versorgungsproblemen, steigenden Preisen und sinkender Qualität geführt.

Auch das Bankenwesen muss wieder seiner gesellschaftlichen Aufgabe gerecht werden. Banken müssen wieder stärker dazu beitragen, dass Kredite für Familien erschwinglich sind. Wohneigentum und Hausbau dürfen kein Privileg Weniger bleiben. Bezahlbare Finanzierung und sinkende Baukosten sind entscheidend, um breiten Bevölkerungsschichten den Zugang zu Eigentum zu ermöglichen. Außerdem sollen Banken effiziente Investitionen in die Realwirtschaft ermöglichen, nicht spekulative Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit

erzielen. Banken, welche Risikogeschäfte tätigen, dürfen nicht durch den Staat gerettet werden. Perspektivisch setzen wir uns für ein Bankenwesen ein, welches überwiegend aus Sparkassen und genossenschaftlichen Banken besteht und der regionalen Wirtschaft dient.

Soziale Sicherheit ist eine zentrale Voraussetzung für eine funktionierende Gesellschaft. Das bestehende Rentensystem ist ungerecht und langfristig nicht tragfähig. Wer ein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht in Armut geraten. Das JSW fordert daher eine grundlegende Rentenreform. Alle Erwerbstätigen, darunter Arbeitnehmer, Selbstständige, Beamte und Politiker, sollen in eine gemeinsame Rentenkasse einzahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze ist abzuschaffen und ein einheitlicher Beitragssatz einzuführen, um einen solidarischen Ausgleich zu erwirken.

Auch die Arbeitslosenversicherung muss reformiert werden. Minijobs sollen schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse überführt werden, damit geringfügig Beschäftigte im Falle von Arbeitslosigkeit abgesichert sind. Wer viele Jahre Beiträge gezahlt hat, muss auch nach Ablauf des ersten Jahres deutlich besser abgesichert sein als heute.

Gewerkschaften sind unverzichtbare Akteure im Kampf für faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen und demokratische Mitbestimmung in Betrieben. Das JSW befürwortet ihr Engagement ausdrücklich und setzt sich für eine konstruktive Zusammenarbeit bei programmatischen und inhaltlichen Überschneidungen ein. Eine starke Tarifbindung ist ein zentraler Baustein für soziale Sicherheit, Generationengerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität.

Auszubildende verdienen besondere Aufmerksamkeit. Ausbildungsgehälter müssen deutlich steigen, damit junge Menschen nicht länger auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Der Zugang zu Ausbildungsförderung ist zu erleichtern. Pflichtpraktika und betriebliche Orientierungsphasen sollen die berufliche Eingliederung verbessern. Das JSW setzt sich für eine staatliche Ausbildungsplatzgarantie nach dem Vorbild Österreichs, eine Übernahmegarantie nach der Ausbildung sowie eine Berufseinstiegsgarantie für Studierende ein. Ziel ist es, allen jungen Menschen unabhängig von ihrem Bildungsweg einen gesicherten Übergang in Ausbildung und Arbeitsmarkt zu ermöglichen und Perspektivlosigkeit beim Einstieg ins Berufsleben zu verhindern. Darüber hinaus unterstützen wir Teilqualifizierungsprogramme, um auch Menschen mit Brüchen im Lebenslauf Perspektiven zu eröffnen.

Explodierende Mieten, prekäre Wohnverhältnisse und die ständige Angst vor Verdrängung prägen den Alltag vieler junger Menschen vor allem in Großstädten. Wohnen ist ein Grundrecht, keine Ware. Wir als JSW stellen uns entschieden gegen die Profitorientierung des Wohnungsmarktes und fordern eine konsequente Vergesellschaftung großer Mietkonzerne. Mieten müssen dauerhaft gedeckelt und spekulativer Leerstand sowie Zweckentfremdung konsequent verboten werden. Statt Rendite für Immobilienkonzerne brauchen wir massiven, staatlich organisierten Wohnungsbau zu dauerhaft bezahlbaren Preisen unter demokratischer Kontrolle der Mieter.

Ein schneller und effektiver Schienennetzausbau, sowie die Modernisierung veralteter Züge sind wichtiger als Profite für private Verkehrsunternehmen. Der ÖPNV soll bundesweit vereinheitlicht werden und allen Bürgern kostenfrei zur Verfügung stehen. Außerdem sind Investitionen in die Straßeninfrastruktur in dem Umfang erforderlich, dass sie

instandgehalten werden kann und Sperrungen wegen maroder Brücken und dergleichen der Vergangenheit angehören.

Eine Wirtschaft, die den Menschen dient, schafft nicht nur materiellen Wohlstand, sondern auch soziale Sicherheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven für kommende Generationen. Das JSW fordert eine deutliche Reduzierung staatlicher finanzieller Leistungen ins Ausland. Öffentliche Mittel sollen künftig stärker auf die Bewältigung nationaler Herausforderungen in den Bereichen soziale Sicherheit, Infrastruktur, Bildung und wirtschaftliche Stabilität konzentriert werden. Vorrang hat die Sicherung der Handlungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit des eigenen Landes.

### **3. Gesundheit, Pflege und gleichwertige Lebensverhältnisse**

#### *Für ein Gesundheitssystem ohne Profitlogik*

Gesundheit ist kein Marktgut, sondern ein Grundrecht. Dennoch ist das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem seit Jahren von einer zunehmenden Ökonomisierung geprägt. Krankenhäuser werden nach betriebswirtschaftlichen Kennzahlen geführt, Pflegekräfte arbeiten unter permanentem Zeit- und Leistungsdruck, und Patienten erleben immer häufiger eine Medizin nach Kassenlage. Diese Entwicklung gefährdet nicht nur die Qualität der Versorgung, sondern auch das Vertrauen in den Sozialstaat. Das JSW stellt sich dem entschieden entgegen.

Wir setzen uns für ein konsequent am Bedarf des Menschen ausgerichtetes Gesundheitssystem ein. Krankenhäuser, Geburtskliniken und zentrale medizinische Einrichtungen müssen in öffentlicher Hand bleiben oder dorthin zurückgeführt werden. Wir fordern überdies die Abschaffung des neuen Hebammenhilfevertrages und eine realistische Gestaltung und Unterstützung der medizinischen Berufe rund um Schwangerschafts- und Geburtsmedizin, um sowohl den Ausbau von Geburtsstätten und Versorgung von Müttern und Schwangeren, als auch die Arbeitsbedingungen des medizinischen Personals in Anbetracht der teils prekären Lage zu stärken. Sowohl angestellte als auch freiberufliche Beleghebammen sind unabdinglich für unser Gesundheitssystem und sollten im Erhalt einer sicheren, individuellen Geburtshilfe gestärkt werden. Die Versorgungsmöglichkeiten innerhalb und nach einer Schwangerschaft dürfen sich nicht nur auf urbane Gegenden begrenzt sein und müssen möglichst niedrigschwellig für alle Familien erreichbar sein. Gesundheit darf sich nicht rechnen müssen, sie muss funktionieren! Klinikschließungen lehnen wir ab. Stattdessen braucht es flächendeckende Investitionen in Personal, moderne Ausstattung und Standortsicherung, insbesondere im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen.

Der zunehmende Mangel an Haus- und Fachärzten stellt eine ernsthafte Bedrohung für die medizinische Versorgung dar. Besonders in ländlichen Regionen fehlen wohnortnahe Angebote. Das Medizinstudium muss modern ausgestattet und stärker am tatsächlichen Versorgungsbedarf ausgerichtet werden. Um Abwanderung ins Ausland oder in den rein

privatwirtschaftlichen Sektor zu verhindern, braucht es verlässliche Perspektiven für Absolventen in Deutschland. Studien- und Weiterbildungsplätze müssen bedarfsgerecht verteilt werden.

Auch die Versorgung mit Medikamenten ist zunehmend unsicher. Lieferengpässe bei lebenswichtigen Arzneimitteln zeigen die Abhängigkeit von globalen Lieferketten und profitorientierten Konzernstrukturen. Die Arzneimittelversorgung muss stärker gemeinwohlorientiert organisiert werden, kritische Medikamente müssen verlässlich verfügbar sein und strategische Produktionskapazitäten sind zu sichern.

Ein besonders gravierendes Problem ist der Fachkräftemangel in allen therapeutischen Bereichen, insbesondere auch in der Psychotherapie. Fehlende Kapazitäten führen zu verzögerten Behandlungen, längeren Krankheitsverläufen und höheren Folgekosten. Akademische und nicht-akademische Ausbildungswege müssen gleichermaßen gestärkt und besser finanziert werden. Bürokratische Hürden sind abzubauen, Behandlungszeiten auszuweiten, damit therapeutische Arbeit wieder dem tatsächlichen Bedarf gerecht werden kann.

Die bestehende Trennung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung schafft eine Zwei-Klassen-Medizin, die wir entschieden ablehnen. Gleiche Gesundheitschancen dürfen nicht vom Einkommen abhängen. Das JSW fordert die Einführung einer einheitlichen, staatlichen Krankenversicherung für alle Menschen in Deutschland. Eine einheitliche Krankenversicherung mit gleichen Leistungen schafft Gerechtigkeit, Transparenz und Vertrauen. Um das System langfristig zu stabilisieren, müssen hohe Einkommen stärker herangezogen und niedrige Einkommen entlastet werden.

Auch die Pflege steht vor einem strukturellen Kollaps. Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutrisiko werden. Der geplanten Abschaffung des Pflegegrades 1 stellen wir uns klar entgegen. Pflegegrade müssen erhalten bleiben, um frühzeitige Unterstützung zu ermöglichen. Pflegenden Angehörigen leisten einen unschätzbaren Beitrag und müssen finanziell, organisatorisch und durch bessere Unterstützungsangebote deutlich entlastet werden.

Der Pflegenotstand ist kein kurzfristiges Problem, sondern Ergebnis jahrzehntelanger Fehlsteuerung. Der Pflegeschlüssel hat sich kontinuierlich verschlechtert, Arbeitsbedingungen sind vielerorts unzumutbar. Es braucht eine deutliche Verbesserung der Personalschlüssel, attraktive Ausbildungsbedingungen, eine angemessene Vergütung und eine nachhaltige Personalaufstockung. Die Pflegeversicherung muss grundlegend reformiert werden. Ein solidarisches Finanzierungsmodell mit einem einheitlichen Beitragssatz ohne Beitragsbemessungsgrenze ist notwendig, um langfristige Stabilität zu gewährleisten.

Psychische Erkrankungen nehmen in allen Altersgruppen zu, werden jedoch häufig unzureichend behandelt. Psychische und körperliche Gesundheit müssen als gleichrangig angesehen werden. Die Versorgung ist durch zusätzliche Therapieplätze deutlich auszubauen.

Auch im Bereich der Suchtprävention besteht erheblicher Handlungsbedarf. Werbeverbote und -einschränkungen für gesundheitsschädigende Produkte sind wirksame Maßnahmen zum Schutz der Allgemeinheit. Präventionsarbeit muss früh ansetzen und langfristig finanziert werden.

Eine inklusive Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit Menschen mit Behinderungen umgeht. Das JSW setzt sich für gleichberechtigte Teilhabe und selbstbestimmtes Leben ein.

Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation müssen erhalten und ausgebaut werden. Menschen, die dort arbeiten, haben Anspruch auf eine faire Entlohnung. Auch hier muss der gesetzliche Mindestlohn gelten. Barrieren im Alltag, ob baulich, digital oder bürokratisch, sind konsequent abzubauen.

Die Corona-Politik hat tiefe soziale, gesundheitliche und wirtschaftliche Spuren hinterlassen. Unterrichtsausfälle, soziale Isolation, Impfdruck, wirtschaftliche Schäden und Langzeiterkrankungen wie Long Covid oder Post Vac (Impfschäden) wirken bis heute nach. Während der Corona-Zeit gab es massive politische Fehlentscheidungen, einen übermäßigen Einfluss der Pharma-Konzerne auf politische Entscheidungsträger, intransparente Beschaffungsprozesse und tiefgreifende Grundrechtseingriffe. Das JSW fordert eine umfassende, unabhängige Aufarbeitung der Corona-Politik. Auf Bundesebene braucht es endlich einen Corona-Untersuchungsausschuss. In jedem Bundesland sollen zu diesem Zweck Untersuchungsausschüsse oder Landeskommisionen eingesetzt werden, die in Abstimmung mit der Bundesebene arbeiten. Dabei müssen alle bislang fehlenden Datengrundlagen - zum Beispiel zur Wirksamkeit der Corona-Maßnahmen oder zu Nebenwirkungen der neuartigen COVID-Impfstoffe - eingefordert, erhoben und analysiert werden. Ziel ist es, Verantwortung zu klären, Betroffene zu entschädigen und aus den begangenen Fehlern zu lernen, um zukünftige Krisen vernünftig und grundrechtsschonend zu bewältigen. Auch die unrühmliche Rolle der öffentlich-rechtlichen und vieler privater Medien in der Corona-Zeit sowie die Instrumentalisierung von Wissenschaft durch die Politik sollen hierbei kritisch beleuchtet werden. Die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche, insbesondere die in Folge der Corona-Maßnahmen entstandenen psychischen Belastungen, Bildungsdefizite und Entwicklungsverzögerungen sollten dabei gründlich analysiert werden.

Der Rettungsdienst ist als unverzichtbarer Bestandteil der gesundheitlichen und öffentlichen Daseinsvorsorge ausdrücklich anzuerkennen und als Teil des Gesundheitssystems politisch mitzudenken.

Gesundheit und soziale Sicherheit sind untrennbar mit gleichwertigen Lebensverhältnissen verbunden. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen fort und haben sich teilweise vertieft. Insbesondere ländliche und ostdeutsche Regionen leiden unter schlechterer medizinischer Versorgung, geringeren Löhnen und schlechterer Infrastruktur. Das JSW setzt sich für gezielte Investitionen ein, um diese Ungleichheiten zu überwinden. Löhne, Renten, Karrierechancen und der Zugang zu Gesundheitsversorgung müssen angeglichen werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind keine freiwillige Leistung des Staates, sondern verfassungsrechtlicher Auftrag.

## **4. Bildung, Digitales und Innovation**

*Für ein Bildungssystem, das Lernen lehrt – nicht aussortiert*

Bildung ist der Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit, individueller Entfaltung und gesellschaftlicher Zukunftsfähigkeit. Doch das deutsche Bildungssystem befindet sich seit Jahren in einer tiefen Krise. Marode Schulgebäude, Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, soziale Selektion und eine unzureichende digitale Ausstattung prägen den Alltag vieler Kinder und Jugendlicher. Bildungserfolg hängt in Deutschland noch immer stärker vom Elternhaus als von Begabung und Leistungsbereitschaft ab.

Ein zentrales Problem ist der föderale Flickenteppich im Bildungswesen. Sechzehn unterschiedliche Bildungssysteme mit unterschiedlichen Lehrplänen, Abschlussanforderungen und Bewertungsmaßstäben führen zu massiven Ungleichheiten. Bildung darf jedoch nicht vom Wohnort abhängen. Daher braucht es ein bundesweit einheitliches Bildungssystem mit verbindlichen, realistisch umsetzbaren Lehrplänen. Ziel ist ein hohes, vergleichbares Bildungsniveau für alle Kinder und Jugendlichen in Deutschland.

Wir setzen uns für ein flächendeckendes Gesamtschulsystem ein, das gemeinsames Lernen fördert und soziale Trennung überwindet. Die frühe Aufteilung in verschiedene Schulformen reproduziert soziale Ungleichheit und nimmt Kindern Entwicklungschancen. Leistungsdifferenzierung soll innerhalb der Schule stattfinden, nicht durch Aussonderung. Gleichzeitig müssen Förderschulen als eigenständige und unverzichtbare Einrichtungen erhalten und gestärkt werden. Kinder und Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen benötigen spezialisierte Unterstützung, die ihnen echte Teilhabe und Perspektiven eröffnet.

Bildung beginnt lange vor dem ersten Schultag. Frühkindliche Förderung ist entscheidend für sprachliche, soziale und kognitive Entwicklung. Deshalb fordern wir bundesweit gebührenfreie Kindertagesstätten für mindestens drei Jahre, vollständig finanziert aus Bundesmitteln. Kinderbetreuung darf kein Luxus sein. Gleichzeitig muss der Erziehungssektor strukturell aufgewertet werden. Erzieher tragen enorme Verantwortung, werden jedoch unzureichend bezahlt und arbeiten häufig unter prekären Bedingungen. Ebenfalls sollen berufliche Weiterbildungen, auch bzw. vor allem dual, innerhalb pädagogischer Berufsfelder vernetzt und ermöglicht werden, um Fachkräftemangel entgegenzuwirken und pädagogischen Fachkräften weitere Arbeits- und Wirkungsfelder zu schaffen. Dies soll und kann entweder durch bereits bestehende Arbeitgeber oder den Staat finanziell mitgetragen werden.

Um Entwicklungsdefizite frühzeitig zu erkennen und auszugleichen, befürworten wir verpflichtende Sprachtests sowie ein verpflichtendes Vorschuljahr für Kinder ohne vorherige institutionelle Betreuung. Ziel ist Förderung, nicht Stigmatisierung.

Auch das berufliche Bildungssystem steht unter Druck. Sinkende Bewerberzahlen und unbesetzte Ausbildungsstellen gefährden den Fachkräftenachwuchs. Ausbildungsberufe müssen wieder attraktiv werden. Grundlegend dafür ist die Wertschätzung dieser beruflichen Tätigkeiten und eine Wegentwicklung vom gymnasialen Trend. Kinder und Jugendliche sollen während der Schulzeit nach ihren Stärken und Möglichkeiten unterstützt und begleitet werden, mit der grundsätzlichen Möglichkeit, später höhere Schulabschlüsse nachzuholen, ohne von Beginn an den Druck zu verspüren, die Hochschulreife erlangen zu müssen, um auf dem Arbeitsmarkt gute Chancen zu haben. Dazu gehören deutlich höhere Ausbildungsvergütungen, eine bessere soziale Absicherung sowie der Erhalt der Tarifautonomie. Das JSW setzt sich für eine staatliche Ausbildungsplatzgarantie ein, damit kein junger Mensch ohne Perspektive bleibt.

Das Studieren muss in Deutschland als geistige Arbeit verstanden werden. Wissenschaft schafft Wissen, das allen zugutekommt, und sozialen, kulturellen sowie wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht. Als Arbeit muss das gerecht gelohnt werden. Deshalb setzen wir uns als JSW für ein BAföG für alle ein: bedarfsdeckend, elternunabhängig, und rückzahlungsfrei. Statt pauschaler Versprechen braucht es eine verlässliche, existenzsichernde Förderung, die sich am realen Bedarf orientiert und soziale Ungleichheiten im Bildungssystem wirksam abbaut.

Praxisnahe Bildungswege sind zu stärken, insbesondere durch den Ausbau dualer Ausbildungs- und Studienmodelle.

Der Numerus Clausus als soziales Selektionsinstrument ist schrittweise durch bundeseinheitliche Eignungstests zu ersetzen. Duale Studiengänge, insbesondere im Lehramtsstudium, sind auszubauen. Die Verbeamtung von Lehrkräften bleibt ein zentraler Bestandteil eines stabilen Bildungssystems.

Die Landesregierungen müssen die Zivilklausel im Hochschulgesetz verankern. Gesetze, die eine Zivilklausel verbieten, müssen rückgängig gemacht werden. Dabei ist ausdrücklich festzulegen, dass die Hochschulen verpflichtet sind, eine eigene Zivilklausel zu verabschieden, um Forschung zu militärischen Zwecken auszuschließen. Um die Abhängigkeit der Universitäten von Drittmitteln zu verringern und eine kritische sowie von wirtschaftlichen Interessen unabhängige wissenschaftliche Forschung zu fördern, müssen die Universitäten durch die Bundesregierung und die Landesregierungen ausreichend und dauerhaft finanziert werden.

Als Orte der Förderung von Diplomatie, Wissenschaft und Völkerverständigung müssen Universitäten das Lernen, den akademischen Austausch und die Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen zu zivilen Zwecken fördern. Wir lehnen die Aussetzung von Austauschprogrammen und wissenschaftlicher Kooperation mit Russland ebenso ab, wie die Versuche, die Zusammenarbeit mit dem Konfuzius-Institut zu delegitimieren und einzuschränken.

Studieren darf keine Frage des Geldbeutels sein. Unterschiedliche Semesterbeiträge sind bundesweit anzulegen. Bezahlbarer Wohnraum in Hochschulnähe ist eine Grundvoraussetzung für Bildungsgerechtigkeit und erfordert einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Studierende und Auszubildende sollen bundesweit Zugang zu einem einheitlich vergünstigten Deutschlandticket erhalten.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Schulsozialarbeit. Psychische Belastungen, soziale Konflikte und Gewalt nehmen zu, während Unterstützungsangebote oft fehlen. Schulsozialarbeit muss bedarfsgerecht und dauerhaft ausgebaut werden. Präventionsarbeit, Anti-Aggressionstrainings und Unterstützungsangebote dürfen nicht von Projektmitteln abhängen.

Kinder und Jugendliche benötigen Schutzräume für eine gesunde Entwicklung. Digitale Medien sind kein Ersatz für soziale Beziehungen, Bewegung und konzentriertes Lernen. Der verantwortungsvolle und sensible Umgang mit sozialen Medien soll verpflichtender Bestandteil des Schulunterrichts werden.

Die Digitalisierung bietet Chancen, darf aber nicht zum Selbstzweck werden. Schulen und Hochschulen müssen flächendeckend mit WLAN, Endgeräten und qualifiziertem IT-Personal ausgestattet werden. Gleichzeitig gilt: Digitale Endgeräte haben in der Grundschule nichts

verloren. Dort stehen grundlegende Kulturtechniken im Mittelpunkt. Ab der fünften Klasse soll ein eigenständiges Medienfach den verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien, sozialen Netzwerken und künstlicher Intelligenz vermitteln.

Digitalisierung soll auch zur Entlastung von Lehrkräften beitragen. Bürokratieabbau, digitale Verwaltungsprozesse und der sinnvolle Einsatz von KI können pädagogische Arbeit unterstützen, dürfen sie aber nicht ersetzen.

Innovation entsteht nicht allein durch Technik, sondern durch Menschen. Kreativität, handwerkliche Fähigkeiten und praktische Erfahrungen sind zentrale Grundlagen gesellschaftlichen Fortschritts. Musik, Kunst, Sport und kulturelle Bildung sind keine Nebensachen, sondern elementarer Bestandteil ganzheitlicher Bildung. Ganztagsangebote, freiwillige Arbeitsgemeinschaften und regelmäßige Praktika sollen Kindern und Jugendlichen helfen, ihre Fähigkeiten zu entdecken und realistische Berufsperspektiven zu entwickeln.

Ein Bildungssystem, das Lernen lehrt, stärkt nicht nur den Einzelnen, sondern die gesamte Gesellschaft. Es schafft Aufstiegschancen, sichert Fachkräfte und bildet die Grundlage für demokratische Teilhabe und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit.

## 5. Demokratie, Medien und innere Sicherheit

### *Für eine Demokratie, die den Menschen gehört – nicht den Apparaten*

Demokratie ist mehr als ein formales Wahlrecht. Sie lebt von Teilhabe, Vertrauen in staatliche Institutionen und der Gewissheit, dass politische Entscheidungen dem Gemeinwohl dienen. In den vergangenen Jahren ist dieses Vertrauen spürbar erodiert. Viele Menschen haben den Eindruck, dass ihre Sorgen und Interessen im politischen Betrieb kaum noch Gehör finden, während Entscheidungen in kleinen Zirkeln vorbereitet und durchgesetzt werden.

Eine lebendige Demokratie setzt voraus, dass Grund- und Freiheitsrechte auch in Krisenzeiten Wert und Gültigkeit behalten. Notlagen dürfen nicht zum Vorwand werden, um in Bürgerrechte einzugreifen oder demokratische Kontrolle auszuhebeln. Der Rechtsstaat muss gerade dann standhaft bleiben, wenn er unter Druck gerät. Demokratie lebt von Transparenz, Rechenschaftspflicht und klaren Zuständigkeiten.

Das JSW setzt sich für eine Stärkung der demokratischen Teilhabe aller ein. Politische Mitbestimmung darf nicht auf Wahltermine reduziert werden. Öffentliche Räume der Begegnung und des Austauschs sind unverzichtbar für demokratisches Lernen und gesellschaftliche Verständigung. Jugendhäuser, Nachbarschaftszentren und Begegnungsstätten müssen dauerhaft staatlich finanziert werden und dürfen nicht von kurzfristigen Projektmitteln abhängen. Die Bezüge von Abgeordneten sind auf das maximal 1,5-Fache eines durchschnittlichen Facharbeitergehalts zu begrenzen. Politische Mandate sollen dem Gemeinwohl dienen und dürfen nicht zu finanzieller Abgehobenheit führen.

Demokratie braucht Engagement. Ehrenamtliche Arbeit trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Solidarität bei und verdient mehr als symbolische Anerkennung. Wir

wollen konkrete Vergünstigungen und strukturelle Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte.

Junge Menschen sind politisch mündig. Sie sind von politischen Entscheidungen unmittelbar betroffen und müssen entsprechend beteiligt werden. Das JSW setzt sich deshalb für die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren ein. Politische Bildung muss frühzeitig beginnen und praxisnah gestaltet werden, um demokratische Kompetenzen zu fördern und politische Teilhabe zu ermöglichen.

Medien spielen eine zentrale Rolle für demokratische Meinungsbildung. Gleichzeitig haben sich Informationsräume stark verändert. Desinformation, gezielte Manipulation und algorithmisch verstärkte Polarisierung stellen neue Herausforderungen dar. Das JSW fordert einen verpflichtenden Medienunterricht an Schulen sowie den Ausbau generationenübergreifender Medienbildungsangebote. Medienkompetenz und Mündigkeit sind Schlüsselqualifikationen moderner Demokratie.

Öffentlich-rechtliche Medien sollten ein zentraler Pfeiler demokratischer Öffentlichkeit sein. Dafür müssen sie allerdings endlich unabhängig, pluralistisch und frei von parteipolitischen Einfluss arbeiten. Das JSW setzt sich für eine umfassende Strukturreform ein, die politische Einflussnahme und Praktiken wie Framing verhindert und gleichzeitig eine verlässliche, staatliche Finanzierung sicherstellt. Öffentlich-rechtliche Angebote sollen für alle Menschen kostenfrei zugänglich sein.

Innere Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Rechtsstaates. Viele Menschen erleben den öffentlichen Raum zunehmend als unsicher. Der Staat muss diesem Sicherheitsbedürfnis gerecht werden, ohne Freiheitsrechte unverhältnismäßig einzuschränken. Das JSW setzt sich für eine besser auf Deeskalation geschulte, bürgernahe und materiell ausgestattete Polizei ein. Dazu gehören moderne Infrastruktur, sowie eine angemessene personelle Entlastung. Den Einsatz von Massenüberwachung, insbesondere durch KI-gestützte Videoüberwachung, lehnen wir entschieden ab.

Gewalt gegen Einsatzkräfte ist entschieden zu bekämpfen. Das Strafmaß für Angriffe auf Polizeibeamte, Rettungskräfte und Sanitäter ist deutlich zu erhöhen. Gleichzeitig müssen Einsatzkräfte durch umfassende psychologische Unterstützungsangebote entlastet werden. Der flächendeckende Einsatz von Bodycams bei Polizisten kann zur Deeskalation beitragen und Transparenz für beide Seiten schaffen.

Digitale Straftaten müssen konsequent verfolgt werden. Hasskriminalität, Bedrohungen, Beleidigungen und Belästigungen dürfen im digitalen Raum nicht folgenlos bleiben. Plattformbetreiber müssen stärker in die Verantwortung genommen werden, ohne dabei Meinungsfreiheit oder Persönlichkeitsrechte einzuschränken. Digitale und analoge Straftaten sind rechtlich gleich zu behandeln. Auch der Schutz vor sexueller Belästigung im digitalen Raum muss stärker verfolgt werden.

Der Besitz und das Mitführen von Waffen und gefährlichen Gegenständen müssen streng reguliert werden. Waffenverbotszonen können die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen. Ein besonderer Fokus muss auf der organisierten und verfestigten Kriminalität liegen. Milieus, kriminelle Strukturen, Terrorismus, gewaltverherrlichende Bestrebungen und sogenannte Clan-Kriminalität stellen eine massive Belastung für den Rechtsstaat dar. Hier braucht es ein entschlossenes Durchgreifen, konsequente Strafverfolgung und eine klare

Prioritätensetzung. Der Staat muss seine Durchsetzungsfähigkeit sichtbar unter Beweis stellen.

Der Verfassungsschutz ist abzuschaffen. Er hat sich nicht als neutraler Hüter der Verfassung erwiesen, sondern als politisches Instrument, das überwiegend zur Beobachtung, Delegitimierung und Diskreditierung oppositioneller Positionen eingesetzt wird. Statt die demokratische Grundordnung zu schützen, dient der Verfassungsschutz faktisch den Interessen der jeweils herrschenden politischen Kräfte. Der Schutz der Verfassung muss durch rechtsstaatliche Institutionen und eine starke Zivilgesellschaft gewährleistet werden – nicht durch politisierte Geheimdienste.

Zur Prävention von Straftaten fordert das JSW den Ausbau von Schutz- und Präventionsangeboten, insbesondere für Jugendliche. Eine starke Sicherheitskultur beginnt bei frühzeitiger Aufklärung und Wertevermittlung.

Eine starke Demokratie lebt vom Vertrauen ihrer Bürger. Dieses Vertrauen entsteht durch soziale Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und politische Ehrlichkeit und nicht durch Überwachung, Bevormundung oder moralische Abwertung Andersdenkender. Das JSW steht für eine Demokratie, die schützt, beteiligt und den Menschen dient.

## 6. Migration und Integration

### *Für Humanität mit Ordnung – und einen handlungsfähigen Rechtsstaat*

Migration ist ein globales Phänomen und Ausdruck tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte. Kriege, politische Verfolgung, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Klimawandel und geopolitische Machtkonflikte zwingen Millionen Menschen weltweit zur Flucht. Das Grundrecht auf Asyl ist eine der zentralen humanitären Errungenschaften des deutschen Grundgesetzes und Ausdruck historischer Verantwortung. Das JSW bekennt sich uneingeschränkt zum Schutz politisch Verfolgter. Gleichzeitig gilt: Humanität braucht Ordnung, Verlässlichkeit und einen handlungsfähigen Rechtsstaat.

Artikel 16a des Grundgesetzes formuliert einen klaren Rahmen für das Asylrecht. Schutz erhält, wer individuell politisch verfolgt wird und nicht über einen sicheren Drittstaat einreist. Dieses Asylrecht ist bewusst als individuelles Schutzrecht ausgestaltet – nicht als Instrument unregelter oder massenhafter Einwanderung. Eine Überdehnung des Asylbegriffs gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz für echten Schutz und schadet am Ende denjenigen, die ihn tatsächlich benötigen. Das JSW lehnt daher jede politische Praxis ab, die das Asylsystem überfordert oder rechtliche Grenzen bewusst ignoriert.

Ein funktionierender Rechtsstaat lebt davon, dass seine Entscheidungen durchgesetzt werden. Wer nach einem rechtsstaatlichen Verfahren keinen Schutzstatus erhält, muss Deutschland wieder verlassen. Die konsequente Durchsetzung geltenden Rechts ist keine Frage mangelnder Humanität, sondern Voraussetzung für Glaubwürdigkeit und Fairness.

Symbolpolitik, die bestehende Regeln unterläuft oder aussetzt, hilft weder Schutzsuchenden noch der Aufnahmegesellschaft.

Gleichzeitig beginnt eine verantwortungsvolle Migrationspolitik nicht an den Außengrenzen Europas. Flucht ist in den allermeisten Fällen keine freiwillige Entscheidung, sondern die Folge politischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklungen. Unfaire Handelsstrukturen, neokoloniale Abhängigkeiten, Waffenexporte, geopolitische Stellvertreterkonflikte und eine ungerechte Weltwirtschaft treiben Menschen in die Migration. Das JSW setzt sich deshalb für eine konsequente Bekämpfung von Fluchtursachen ein. Entwicklungszusammenarbeit darf kein geopolitisches Instrument sein, sondern muss den Aufbau öffentlicher Infrastruktur, lokaler Wertschöpfung, Bildungssysteme und politischer Stabilität fördern. Das JSW lehnt die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU ab, da sie Lohndumping begünstigt und einen „BrainDrain“ zulasten anderer Länder verstärkt. Ebenso ist die Arbeitsmigration aus Drittstaaten stark zu begrenzen.

Wer Migration wirksam begrenzen will, muss Perspektiven vor Ort schaffen. Dazu gehören faire Handelsbeziehungen, Schuldenerlasse, Technologietransfer und eine internationale Klimapolitik, die besonders betroffene Regionen unterstützt. Migration lässt sich nicht militärisch oder polizeilich lösen, sondern nur politisch und wirtschaftlich.

Für Menschen, die rechtmäßig Schutz erhalten oder dauerhaft in Deutschland leben, ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Integration ist weder eine Einbahnstraße noch eine bloße Forderung nach Anpassung. Sie ist vor allem eine soziale Frage. Ohne bezahlbaren Wohnraum, ausreichende Kita- und Schulplätze, funktionierende Gesundheitsversorgung, Sprachförderung und Zugang zu guter Arbeit kann Integration nicht gelingen.

Eine erfolgreiche Integration von Geflüchteten setzt frühe, strukturierte und verbindliche Maßnahmen voraus. Statt langer Phasen der Inaktivität in Unterkünften sollen Integrationsprozesse frühzeitig beginnen. Dazu gehören verpflichtende Sprachkurse sowie gezielte Programme zur schnellen Vermittlung in Ausbildung und Arbeit. Zudem müssen geeignete Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder bereitgestellt werden, um den Zugang der Eltern zu Integrationsmaßnahmen und zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Ziel ist eine schnelle gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe. Wer hingegen gesetzliche Pflichten erheblich verletzt oder strafrechtlich in Erscheinung tritt, muss mit konsequenten aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen rechnen.

Das JSW lehnt eine Politik ab, die Zuwanderer in prekäre Lebenslagen drängt und sie anschließend für soziale Probleme verantwortlich macht. Kommunen tragen die Hauptlast von Unterbringung, Betreuung und Integration und müssen dafür finanziell deutlich besser ausgestattet werden. Der Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge entlastet nicht nur Zugewanderte, sondern verbessert die Lebensbedingungen für alle Menschen und entschärft soziale Konkurrenz um knappe Ressourcen.

Gleichzeitig erwarten wir von allen Menschen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, die Anerkennung der deutschen Gesetzgebung. Dazu gehört die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Trennung von Staat und Religion und die Achtung der Grundrechte. Integration bedeutet Teilhabe an Rechten und Pflichten gleichermaßen.

Sprachkenntnisse sind eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Selbstbestimmung und demokratische Mitwirkung. Das JSW setzt sich für flächendeckende,

kostenfreie und verpflichtende Sprach- und Integrationskurse ein, die frühzeitig beginnen und auf nachhaltige Integration ausgerichtet sind. Bildungs- und Qualifikationsabschlüsse aus dem Ausland müssen schneller, transparenter und fairer anerkannt werden, um vorhandene Potenziale zu nutzen.

Parallelgesellschaften, religiöser Extremismus und jede Form von Gewalt oder Menschenfeindlichkeit entstehen meist durch soziale Ungleichheit und sind entschieden zu bekämpfen. Integration scheitert dort, wo staatliche Regeln nicht durchgesetzt werden oder soziale und kulturelle Ausgrenzung zugelassen werden. Daher lehnt das JSW pauschale Stigmatisierung oder Kollektivschulduweisungen gegenüber Migranten ab.

Eine geregelte Migrationspolitik erfordert auch eine ehrliche Debatte über Aufnahmekapazitäten. Staatliche Handlungsfähigkeit, soziale Infrastruktur und gesellschaftlicher Zusammenhalt setzen Grenzen. Migration darf nicht dazu führen, dass soziale Standards für Flüchtlinge abgesenkt, Kommunen überfordert oder bestehende Ungleichheiten verschärft werden. Solidarität endet nicht an Staatsgrenzen, muss aber innerhalb tragfähiger Strukturen organisiert werden. Migration ist stets auch eine soziale Frage.

Unser Ziel ist eine Migrations- und Integrationspolitik, die humanitäre Verantwortung mit sozialer Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlichem Zusammenleben verbindet. Schutz für Verfolgte, Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, klare Regeln bei Zuwanderung und eine integrationsorientierte Sozialpolitik sind keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen für eine funktionierende Einwanderungsgesellschaft.

## **7. Familie, Gesellschaft und Zusammenhalt**

### *Für Zusammenhalt statt Symbolpolitik – für Schutz, Verantwortung und soziale Sicherheit*

Familie, soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt bilden das Fundament einer solidarischen, demokratischen Gesellschaft.

Kinderbetreuung und Familienpolitik sind keine privaten Fragen, sondern zentrale gesamtgesellschaftliche Aufgaben. Viele Menschen entscheiden sich gegen Kinder oder verschieben Familiengründungen, weil verlässliche Betreuungsangebote fehlen, die Kosten hoch sind und Planungssicherheit fehlt. Insbesondere Frauen und Mütter sind durch ihre unbezahlte Reproduktionsarbeit auf dem Arbeitsmarkt schlechter gestellt, was vor allem den Wiedereinstieg ins Berufsleben, Verdienstaufschläge und Teilzeit betrifft. Ebenso liegt dort eine erhöhte Altersarmut von Müttern begründet. Das JSW setzt sich für staatliche Unterstützung und Förderung der Familie und damit von Müttern ein. Eine steigende Geburtenrate und berufliche Teilhabe auch in Vollzeitstellen von insbesondere Müttern lassen sich nicht durch Streichungen von Versicherungsleistungen, Begünstigungen und ehelichen bzw. familiären Vorteilen erzwingen, sondern werden begünstigt von einer Familienpolitik, die vor allem sowohl die Realität von Familien und Frauen der bürgerlichen Mitte, als auch die von von

Armut betroffenen und Alleinerziehenden ins Auge fasst. Das JSW fordert daher gebührenfreie, flächendeckend verfügbare Kindertagesstätten für mindestens drei Jahre, vollständig finanziert aus Bundesmitteln. Darüber hinaus setzen wir uns für den konsequenten Ausbau von Ganztagschulen ein. Jedes Kind muss einen verbindlichen Anspruch auf einen wohnortnahen Betreuungsplatz haben, der nicht nur auf dem Papier bestehen darf, sondern auch tatsächlich umgesetzt werden muss.

Familien mit Kindern sollen bei der Vergabe staatlicher und kommunaler Wohnungen bevorzugt berücksichtigt werden. Gleichzeitig fordern wir eine umfassende Arbeitsplatzgarantie für Mütter nach der Rückkehr aus der Elternzeit. Vereinbarkeit von Familie und Beruf darf nicht länger vom Wohlwollen einzelner Arbeitgeber abhängen, sondern muss rechtlich abgesichert sein.

Jugendhilfe, soziale Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendbetreuung leisten einen unverzichtbaren Beitrag für gesellschaftliche Stabilität. Sie sichern Erziehung, Betreuung, Schutz und Perspektiven, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus schwierigen Lebenslagen. Es braucht eine deutliche finanzielle Stärkung der Jugendhilfen sowie großflächige Investitionen in Vereine und Träger, die durch ihre Arbeit die Betreuung und Unterbringung von Heimkindern gewährleisten. Soziale Teilhabe ist eine Voraussetzung für gelingende Integration und faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Gesellschaftliches Miteinander entsteht dort, wo Menschen einander begegnen. Öffentliche Räume spielen dabei eine zentrale Rolle. Das JSW setzt sich für den Ausbau und Erhalt von Jugendzentren, Sportstätten, Schwimmbädern, Bibliotheken, Museen, Theatern und weiteren kulturellen Einrichtungen ein. Diese Orte sind keine Luxusangebote, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Um echte Teilhabe unabhängig vom Geldbeutel zu ermöglichen, sollen kulturelle und Bildungsangebote in der Regel kostenfrei zugänglich sein.

Der Schutz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen vor Gewalt hat höchste Priorität. Sexuelle Gewalt ist für viele Menschen traurige Realität. Täter und Opfer können in unterschiedlichsten Beziehungen zueinander stehen, von Partnerschaften bis hin zu familiären oder beruflichen Kontexten. Jeder Fall sexueller Gewalt muss konsequent verfolgt werden. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Strafmaße bei sexuellen Übergriffen, Vergewaltigungen und Femiziden. Bewährungsstrafen dürfen bei schweren Sexualdelikten künftig nicht mehr möglich sein.

Gleichzeitig müssen Betroffene besser unterstützt werden. Frauen- und Männerhäuser sind flächendeckend auszubauen, mit dem Ziel, mindestens eine Anlaufstelle für Schutzbedürftige pro Landkreis bereitzustellen. Beratungsstellen, anonyme Hilfsangebote und Therapieplätze müssen deutlich ausgeweitet werden, um schnelle und unbürokratische Hilfe zu gewährleisten. Präventionsangebote an Schulen, Universitäten und in Vereinen sind ebenso notwendig wie Unterstützungsangebote für Menschen, die frühzeitig erkennen, selbst übergriffig zu werden. Prävention ist aktiver Opferschutz.

Prostitution ist in vielen Fällen mit Gewalt, Ausbeutung und Abhängigkeit verbunden. Dabei handelt es sich nicht um eine normale Dienstleistung, sondern den Ausdruck von struktureller Ungleichheit. Wir unterstützen daher ein Sexkaufverbot nach dem nordischen Modell. Der Kauf sexueller Dienstleistungen soll strafbar sein, nicht jedoch der Verkauf. Ziel ist es, Freier zu kriminalisieren, nicht Prostituierte. Parallel dazu müssen Ausstiegsprogramme, psychosoziale Beratung und wirtschaftliche Perspektiven für

Betroffene umfassend gefördert werden. Auch die kommerzielle Veräußerung von Pornografie lehnen wir ab.

Kinder und Jugendliche benötigen altersgerechte Schutzräume. Auch aus diesem Grund lehnen wir die zunehmende Militarisierung des Bildungssektors entschieden ab. Werbekampagnen der Bundeswehr, etwa durch Plakate oder Auftritte von Jugendoffizieren, dürfen nicht an Schulen stattfinden

Wir wollen Förderprogramme für Sport und Kultur im Sinne einer demokratischen Teilhabe. Während der Corona-Krise haben unsere Vereine besonders stark gelitten. Wir müssen endlich auch unsere Vereine wieder aus der Krise heben. Ein reges Vereinsleben fördert körperliche wie geistige Gesundheit und bringt die Menschen zusammen. Hierbei muss jedoch eine klare Grenze zum linksliberalen NGO-Sumpf gezogen werden. Öffentliche Mittel dürfen auf keinen Fall verwendet werden, um den politischen Diskurs im Land zu verschieben und Stimmungsmache zu betreiben.

Diskriminierung muss ernst genommen, konsequent verfolgt und wirksam geahndet werden. Gleichzeitig lehnt das JSW pauschale oder politisch motivierte Diskriminierungsvorwürfe ab. Ideologische Debatten über sogenannte kulturelle Aneignung oder sprachliche Bevormundung bei kontroversen Meinungen halten wir für wenig zielführend. Eine Gemeinschaft entsteht durch soziale Sicherheit und gegenseitigen Respekt – nicht durch moralische Überhöhung oder sprachliche Kontrolle.

Eine starke Gesellschaft ist eine, in der Menschen füreinander eintreten, Verantwortung übernehmen und sich auf einen funktionierenden Staat verlassen können. Familie, Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind keine abstrakten Begriffe, sondern das Ergebnis konkreter politischer Entscheidungen.